

# CDU-Abgeordnete: keine neuen Straßen bis 2019

**Rems-Murr-Kreis** Wilfried Klenk, Klaus Paal und Matthias Präfrock üben Kritik, Gernot Gruber (SPD) hält dagegen. *Von Thomas Schwarz*

---

In einer gemeinsamen Erklärung haben die drei CDU-Landtagsabgeordneten aus dem Rems-Murr-Kreis – Wilfried Klenk aus Backnang, Matthias Präfrock aus Waiblingen und Klaus Paal aus Schorndorf – die grün-rote Landesregierung wegen ihrer Straßenbaupolitik gerügt. Seit deren Regierungsantritt im Jahr 2011 bis in das Jahr 2019 werde kein neues Landesstraßenprojekt im Rems-Murr-Kreis angegangen. 2012 habe der Haushalt nur 30 Millionen Euro für solche Projekte enthalten, im Jahr darauf 40 Millionen Euro. „Wegen dieser Unterfinanzierung wurden seit dem Regierungswechsel landesweit keine neuen Projekte begonnen“, stellen sie fest.

Der „infrastrukturell nicht verwöhnte Rems-Murr-Kreis“ werde nun erneut leer ausgehen. Dass der Landkreis im Landesstraßenprogramm keine Berücksichtigung finde, stößt bei den CDU-Abgeordneten auf Unverständnis. Damit halte sich das Ver-

kehrsministerium nicht an die eigene Prioritätenliste, auf der unter anderem die Ortsumfahrung des Schorndorfer Teilorts Miedelsbach im Wieslautal vorgesehen gewesen sei. Diese sei nun wieder nicht mehr in dem Programm. „Dies wundert uns, da sie im Maßnahmenplan des Generalverkehrsplans 2010 mit Stand vom 20. November 2013 noch enthalten ist.“

Ebenfalls vermissen die drei CDU-Politiker den Autobahnzubringer von Backnang in Richtung Mundelsheim auf der Liste der Bauprojekte. Dafür seien andere Projekte mit niedrigerer Priorisierung in das aktuelle Landesstraßenbauprogramm aufgenommen worden.

„Wir wollen Auskunft, welche Kriterien und welche Gewichtung jetzt angelegt wurden“, fordern Präfrock, Paal und Klenk. In einem Brief wandten sich die Drei an den Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), in dem sie das Verfahren, mit dem

das Landesstraßenprogramm erstellt wurde, als „nicht transparent und offensichtlich willkürlich“ bezeichnen.

Der Backnanger SPD-Landtagsabgeordnete Gernot Gruber hat daraufhin in einer eigenen Mitteilung die Straßenbaupolitik der grün-roten Landesregierung verteidigt. Nachdem viele Landesstraßen beim Regierungsantritt 2011 in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand gewesen seien, habe die Regierung die Mittel für Neubau gesenkt und dafür jene für Sanierungen erhöht.

Von dieser Erhöhung habe der Rems-Murr-Kreis stark profitiert, etwa bei den Sanierungen der Ortsumfahrung Welzheim oder der Ortsdurchfahrten von Breitenfurst, Burgstetten und Rudersberg. Im Schnitt gebe die grün-rote Regierung sogar mehr Geld für den Straßenbau aus als ihr schwarz-gelber Vorgänger, hat der Diplom-Mathematiker Gruber berechnet. Für die Sanierungen seien mehr als 100 Millionen Euro vorgesehen, doppelt so viel als in den früheren Haushaltsplänen von CDU und FDP. Das, so Gruber, hätten die CDU-Abgeordneten wohl übersehen.